



26.07.2013

Wirtschaftsentwicklung Bolivien 2012

La Paz (gtai) - Das beeindruckende Wirtschaftswachstum Boliviens ist insbesondere auf die gestiegenen Rohstoffpreise zurückzuführen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) konnte 2012 um 5,2% zulegen. Für 2013 werden 5,5% prognostiziert. Das Investitionsklima hat sich hingegen eingetrübt. Die Privatwirtschaft ist aufgrund der dirigistischen Wirtschaftspolitik verunsichert und hält sich mit Neuinvestitionen zurück. Bolivien hat im Mai 2013 alle noch bestehenden bilateralen Investitionsschutzabkommen gekündigt.

1 Wirtschaftsstruktur

1.1 Kurzcharakterisierung der bolivianischen Wirtschaft

Obwohl Bolivien reich an Bodenschätzen und ausgedehnten, guten landwirtschaftlichen Böden ist, bleibt es nach wie vor das ärmste Land Südamerikas und ein klassisches Entwicklungsland. Es gibt Bestrebungen der Weltbank, dass Bolivien auf Grund überdurchschnittlicher Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die Kategorie der "middle income countries" aufsteigt. Im Jahr 2012 ist das BIP real um 5,2% auf 27,4 Mrd. US\$ gewachsen. Für 2013 wird ein Wachstum von 5,5% vorausgesagt. Das rechnerische Pro-Kopf-Einkommen stieg 2012 auf 2.470 US\$. (2011: 2.141 US\$). Die Abhängigkeit von Rohstoffexporten hat sich tendenziell noch verstärkt. Wichtigste Erzeugnisse sind Erdgas, Mineralien und Metalle sowie landwirtschaftliche Produkte wie Holz, Soja und Nüsse.

Die Regierung dekretierte 2012 und 2013 Lohnerhöhungen von jeweils 8%. Sie konnte mit Hilfe von Transferzahlungen die wirtschaftliche und soziale Lage der ärmsten Bevölkerungsschichten in gewissem Umfang verbessern, die Nachhaltigkeit ist aber bisher nicht sichergestellt. Die Armutsquote ist gesunken, liegt aber noch über 50%; die Quote der extremen Armut liegt bei 21%. Trotz punktueller Verbesserungen bleibt die Einkommensdisparität nach wie vor hoch (Ginikoeffizient: 2012: 0,6). Der Human Development Index der Vereinten Nationen zeigt eine leicht positive Tendenz: (2010: 0,643; 2011: 0,663 und 2012: 0,675). Bolivien liegt damit auf Platz 108 von 187 Staaten.

Wachstumsmotoren waren 2012 die Energiewirtschaft, die Bauwirtschaft und der Transportsektor. Demgegenüber verzeichnete der Bergbausektor eine Stagnation, auch auf Grund leichter Preisrückgänge für wichtige Metalle und Erze wie Silber, Zinn, Zink, Kupfer und Blei. Die Inflationsrate sank 2012 auf etwa 4,5% (2011: etwa 7,0%); für 2013 wird ein leichter Anstieg auf etwa 4,8% erwartet. Im Jahr 2012 wurden staatliche Investitionen von 2,89 Mrd. US\$ getätigt, davon 40% für Infrastrukturmaßnahmen (Energie, Straßenbau, Telekommunikation, Wasser) und 28% in dem Produktivsektor (Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, Gasförderung) sowie 25% im Sozialbereich (Gesundheit, Bildung etc.).

Der Exportsektor konnte von 2010 bis 2012 die Verluste von 2009 nicht nur ausgleichen, sondern 2012 mit 11,6 Mrd. US\$ einen neuen Rekord erreichen, vor allem wegen gesteigener Mengen an Gasexporten. Die Exporte von Mineralien und Gas machen gut drei Viertel der Gesamtexporte Boliviens aus.

Bolivien erhält weiterhin in erheblichem Ausmaß internationale Entwicklungshilfe, besonders in den Sektoren Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, produktive Entwicklung, Bildungs- und Gesundheitswesen, Justiz und Staatsaufbau. Dank der gesteigerten Einnahmen aus den Energie- und Rohstoffexporten im Haushalt nimmt Bolivien vermehrt kommerzielle und konzessionelle Kredite der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Weltbank sowie der südamerikanischen Entwicklungsbank Corporación Andina de Fomento (CAF) in Anspruch.

Seit Oktober 2012 hat Bolivien Zehnjahresanleihen zu 4,87% auf den internationalen Märkten erfolgreich ausgegeben. Viele Bolivianer sind zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland angewiesen. Trotz einer schwierigen wirtschaftlichen Situation in etlichen für die Arbeitsmigranten attraktiven Industriestandorten wie USA, Japan und Europa sind die Überweisungen 2012 mit 1,09 Mrd. US\$ stabil geblieben, dies entspricht etwa 4,5% des BIP.

1.2 Struktur der Wirtschaft

Bolivien bleibt ein klassisches Rohstoffexportland. Die Exporte stiegen 2012 um 31% auf 11,8 Mrd. US\$. Von den gesamten Ausfuhren entfielen 48,8% auf Erdgas und 17,6% auf Bergbauprodukte. Der Bergbau wird durch wenige große Unternehmen und viele kleine, meist unprofessionell arbeitende Bergbaukooperativen bestimmt. Die Preise für mineralische Rohstoffe werden extern vorgegeben und waren in den letzten Jahren stark preisvolatil. Die Produktion geht jedoch zurück auf Grund zahlreicher illegaler Besetzungen (inzwischen sind zwischen 100 und 220 Minen illegal besetzt), fehlender Rechtssicherheit und unzureichender Investitionen. Bolivien strebt die Verwertung seiner hohen Lithiumvorkommen an, bisher gibt es aber nur wenige konkrete Ansätze, sie zu entwickeln.

Der nationalisierte Öl- und Gassektor (Energiekonzern Yacimientos Petrolíferos Fiscales de Bolivia, YPFB) hat sich, was die Exporte angeht, nach einem Einbruch 2009 seit 2010 konstant erholt. Der Staatshaushalt hängt erheblich von der Entwicklung der Steuern und Abgaben auf die Energieprodukte ab. Die Exploration ist unzureichend. Außerdem hat die Einhaltung der Exportverträge mit Argentinien und Brasilien Vorrang vor der internen Versorgungssicherheit. Auch 2012 und 2013 setzte sich die Verstaatlichungswelle fort: Im Dezember 2012 wurde ein spanischer Energieversorger verstaatlicht, im Frühjahr 2013 ein spanischer Flughafenbetreiber und im Juni 2013 eine Mine. Der Staat kontrolliert inzwischen etwa 90% der Stromversorgung. Mittelfristig hofft die Regierung auf die Substitution von Gas durch regenerative Energien zur Stromerzeugung.

Die Landwirtschaft trägt circa 14% zum BIP bei. Sie ist sowohl durch große, exportorientierte Agrarindustrieunternehmen (Zucker, Soja und Sojaderivate, Nutztiere) als auch durch Familienkleinstbetriebe, die meist auf Subsistenzbasis arbeiten, gekennzeichnet. Die Hektarerträge sind trotzdem noch immer relativ niedrig (zum Beispiel: Soja bis zu 2t/ha). Die landwirtschaftliche Produktion hat 2012 um 2,8% weiter zugenommen. Die laut Verfassung 2009 vorgeschriebene Landreform, die Landeigentum von über 5.000 ha als nicht mehr zulässig erklärt, wurde noch nicht umgesetzt. Stattdessen häufen sich illegale Landbesetzungen, es kommt zunehmend zu Beeinträchtigungen durch Dürren und Überschwemmungen.

Der Kokaanbau hatte sich bis einschließlich 2010 jährlich erhöht; 2011 sank allerdings die Gesamtkokaanbaufläche nach Angaben von der United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) landesweit auf 27.200 ha. Davon sind 12.000 ha legale Anbaufläche für den traditionellen Kokagebrauch. Die Kokaproduktion sank 2011 um 13% auf 48.000 t, davon gingen nach UNODC-Angaben 63% in die illegale Verwendung.

Mit umfangreicher Entwicklungshilfe wird eine Diversifizierung, Spezialisierung und Anbausubstitution angestrebt. Holz, Früchte, Kaffee, Leder, Kunsthandwerk, biologisch angebaute Lebensmittel haben sich durch Entwicklungszusammenarbeit (stark: EU, Niederlande; auch aus Mitteln des vom Bundesministerium für technische Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierten UNODC-Projekt) neue Märkte erschlossen. Anfang 2013 gelang Bolivien der Wiedereintritt in das Internationale Suchtstoffabkommen mit einem Vorbehalt gegen das Verbot des (in Bolivien legalen) Kauens von Kokablättern.

Das Jahr 2013 wurde von den Vereinten Nationen zum internationalen Jahr des Quinoa-Getreides erklärt, die bolivianische Regierung verspricht sich von diesem proteinhaltigen Getreide weitere Exporterfolge, obwohl der eigentliche Engpass in der Produktion liegt. Bolivien verfügt über eine umfangreiche, gut organisierte zertifizierte Tropenholzwirtschaft, leidet aber auch unter massivem illegalem Holzeinschlag. Die exportorientierten Agrarunternehmen mussten zeitweilig Einschränkungen wie Exportverbote und Preiskontrollen hinnehmen, insbesondere bei Sojaderivaten und Zucker.

Der Dienstleistungssektor (25,9% des BIP) und die verarbeitende Industrie (10,3% des BIP) sind weitere wichtige Bereiche. Der Handel auf allen Ebenen stellt eine bedeutsame Erwerbs- und Einkommensquelle dar. Dominierend sind landwirtschaftliche Produkte, die lebensmittelverarbeitende Industrie, die Textilindustrie und kleinere spezialisierte Unternehmen im Bereich Juwelen, Möbel, Metallmechanik, Pharmazie. Das Potenzial des Tourismussektors wird nicht vollständig genutzt. Die Regierung plant den Ausbau des "gemeindebasierten Tourismus" durch die starke Beteiligung der Gemeinden und der lokalen Selbstorganisationen; im September 2012 wurde ein entsprechendes Tourismusgesetz verabschiedet.

Die zusätzliche Wertschöpfung des informellen Sektors wird von internationalen Beobachtern auf über 50% des BIP geschätzt. Der Anteil der im informellen Sektor Beschäftigten ist in den letzten Jahren schrittweise angestiegen, nach Schätzungen beträgt er über 70% der Erwerbspersonen.

Die Staatsquote betrug 2012 laut Angaben des Finanzministeriums 45,5% des BIP. Die Steuerquote lag 2012 bei etwa 16,0% des BIP. Der Überschuss im öffentlichen Haushalt lag 2010 bei 3,1% des BIP und fiel 2011 leicht auf 2,1%, 2012 auf 2,0%. Die Einnahmen aus den Abgaben der Energiewirtschaft (Gas) bleiben ein wichtiger Faktor und beliefen sich 2012 auf 29,9% des BIP.

2 Wirtschaftslage

2.1 Wirtschaftsklima

Die bolivianische Volkswirtschaft und der Staatshaushalt bleiben stark abhängig von Exporten, insbesondere von Erdgas und in geringerem Umfang von Rohöl, deren Preise haben sich nach dem Einbruch 2008/09 wieder erholt. Allerdings sind in jüngerer Zeit partielle Preisrückgänge für einige Erze, Metalle und Mineralien zu verzeichnen. Handelsbilanz und Staatshaushalt können insgesamt als gesund bezeichnet werden. Im Vergleich zu den lateinamerikanischen Nachbarn ist die Bruttoinvestitionsquote vergleichsweise niedrig (20% des BIP; Chile und Peru: circa 25%), Experten befürchten einen Rückgang in den nächsten Jahren. Dies und eine sozialistische Wirtschaftspolitik, die einheimische und internationale Privatinvestoren abschreckt, werden sich zukünftig noch stärker negativ auswirken.

Bereits jetzt sind Tendenzen zu Standortverlagerungen (insbesondere nach Peru) und zur Kapitalflucht (auch wegen der überbewerteten Landeswährung) erkennbar. Seit Anfang 2010 haben sich die Kapitalabflüsse verstärkt. Der Bauboom, der zum Teil mit Geldwäsche verbunden ist, kann bald vorüber sein. Der vorliegende Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzes sieht erhebliche

Eingriffe in die Entscheidungs- und Managementkompetenzen von Privatfirmen vor und wird die bereits vorhandene Zurückhaltung der privaten Unternehmer noch weiter verstärken. Analoge Sorgen gelten für das neue Investitionsgesetz, das seit über einem Jahr diskutiert wird. Dennoch bleiben die Gesamtperspektiven für Bolivien 2013 eher gut.

Die Intensität der sozialen und wirtschaftlichen Konflikte durch Demonstrationen, Streiks und Blockaden haben in der 1. Jahreshälfte 2012 zugenommen. Anfang 2013 gab es wieder Proteste, doch blieb es im Vergleich zu den Vorjahren ruhig. Im Vorfeld zu den Wahlen im Oktober 2014 könnten sich die sozialen Konflikte wieder intensivieren.

Bei Ausschreibungen gibt es weiterhin Möglichkeiten für die deutsche Wirtschaft. Zuletzt hatte Siemens einen Auftrag für ein weiteres Gaskraftwerk erhalten. Der Markt für Lithium stellt für Bolivien eine große Chance dar. Allerdings wurde keine der vielen Versprechungen bisher eingehalten. Firmen aus verschiedenen Ländern signalisierten Interesse an einer Zusammenarbeit, auch eine deutsche Firmendelegation erkundete im September 2012 das Potenzial im Bereich Lithium. Es ist unklar, wie realistisch die von Bolivien angestrebte eigene Batterieproduktion ist und wie das Lithiumkarbonat hergestellt werden soll (daran sollen derzeit japanische Experten arbeiten). Aber Bolivien hat in diesem Bereich Geld für Investitionen. Die Universität Freiberg ist weiterhin an einer Zusammenarbeit interessiert. Die deutsche Firma Ercosplan hat erste Aufträge erhalten.

Direktinvestitionen sind auf Grund der Verstaatlichungspolitik, der ungewissen Wirtschaftspolitik sowie der Rechtsunsicherheit derzeit nicht opportun. Aber auch darüber hinaus bleibt das Investitionsklima wegen der fehlenden Rechtssicherheit auf unabsehbare Zeit schlecht. Die Kündigung diverser Investitionsschutz- und Förderabkommen sendet zudem ein deutlich negatives Zeichen für ausländische Investitionen.

Im Bereich des Handels gibt es weiterhin ein gutes Potenzial für deutsche Produkte in hochwertigen Segmenten, vor allem in den Bereichen Maschinen, Kfz und -Teile, chemische Erzeugnisse, Mess- und Regeltechnik, Elektrotechnik. Deutsche Produkte werden als Qualitätsprodukte angesehen. Deutschland ist seit drei Jahrzehnten regelmäßig mit einer offiziellen Messebeteiligung an der landesweit größten Verbrauchermesse Expocruz in Santa Cruz vertreten. Die Deutsch-Bolivianische Industrie- und Handelskammer organisiert im Auftrag der EU Europäische Pavillons auf den Messen in Santa Cruz, Cochabamba und Tarija. Das Interesse an Messebesuchen in Deutschland ist gleichbleibend hoch, auch Ausstellungen der deutschen Messegesellschaften in der VR China sind bei bolivianischen Geschäftsleuten beliebt.

2.2 Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft

Ein gestiegener Außenhandel, leicht gesunkene Transferzahlungen und stagnierende Tourismuseinnahmen ergeben ein durchwachsendes Bild der Außenverflechtung; größere binnenwirtschaftliche Krisen blieben jedoch aus.

Nach einem Einbruch 2009 verzeichneten die Exporte 2012 einen Zuwachs von 31%, auf 11,8 Mrd. US\$. Von den gesamten Ausfuhren entfielen 48,8% auf Erdgas und 17,6% auf Bergbauprodukte. In der Landwirtschaft stiegen 2012 die im Vorjahr gesunkenen Exporte von Soja und Zucker, zurück gingen die im Vorjahr gestiegenen Ausfuhren von Holz. Hauptabnehmerländer sind Brasilien (30,9%), Argentinien (18,6%), die USA (14,8%), Peru (5,4%), Japan (4,3%), Korea Rep. (3,3%), die VR China (3,1%). Die terms of trade sind für Bolivien noch relativ günstig, trotz gewisser negativer Tendenzen.

Die Importe stiegen 2012 um 8% im Vergleich zu 2011 auf etwa 8,2 Mrd. US\$ (im Vorjahr Steigerung um 42,3% im Vergleich zu 2010). Importiert werden insbesondere Konsumgüter,

Industriegüter und Halbfertigwaren. Hauptlieferländer sind Brasilien mit 18,2%, Argentinien mit 13,6%, die VR China mit 13,2%, die USA mit 10,5%, die EU mit 13,7% (im Vorjahr betrug der EU-Anteil nur 7,8%) und Peru mit 7,0%.

Der bilaterale Handel zwischen Deutschland und Bolivien betrug 2012 rund 245 Mio. US\$. Die bolivianischen Exporte nach Deutschland beliefen sich auf 107,8 Mio. US\$ (-22%), die bolivianischen Importe aus Deutschland auf 137,6 Mio. US\$ (+12%). Importiert wurden aus Deutschland Maschinen (39,3%), Kfz und -Teile (11,7%), chemische Erzeugnisse (9,8%), Mess- und Regeltechnik (8,1%) und Elektrotechnik (6,9%).

Die VR China intensiviert erfolgreich ihre Wirtschaftsbeziehungen. Bolivien exportiert zunehmend Rohstoffe nach China und importiert Konsumgüter. China finanziert über Kredite einen Satelliten, Flugzeuge, Hubschrauber, Brunnenbohrer und ganze Fabriken (Papier, Zucker). Importe aus China haben sich in den meisten Sektoren von 2007 bis 2012 verdoppelt bis verdreifacht, im Fahrzeugsektor sogar verdreißigfach.

Die Suspendierung des ATPDEA 2008 (Andean Trade Promotion and Drug Eradication Act, Zollabkommen zwischen den USA und den vier Andenstaaten Peru, Bolivien, Ecuador und Bolivien), wurde 2012 bestätigt. Es trifft insbesondere die bolivianische Textilindustrie hart. Die bolivianischen Exporte in die USA sind aber insgesamt weiterhin gestiegen (Zinn, Silber).

Nach Angaben der Zentralbank liegen die neuen ausländischen Direktinvestitionen in Bolivien 2012 bei rund 1 Mrd. US\$ (2011: 860 Mio. US\$). Das Ausland investierte 2012 hauptsächlich im Öl- und Gassektor (62,9%), in den Bergbau (14,5%), in die Industrie (10%), in den Handel (9,8%) und in den Transport (3,3%). Wichtige Investorenländer sind Spanien, Brasilien und die USA. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Investitionen fast ausschließlich von bereits in Bolivien etablierten Unternehmen stammen, die ihre vorhandenen Investitionen erweitern beziehungsweise sichern.

Die deutschen Direktinvestitionen bewegen sich auf einem sehr niedrigen Niveau. Bolivien hat im Mai 2013 alle noch bis dato bestehenden bilateralen Investitionsschutz- und Förderabkommen (IFV) gekündigt, darunter auch das deutsch-bolivianische IFV vom 23.03.87. Die bolivianische Verfassung erkennt keine internationalen Streitschlichtungsmechanismen an. Die Regierung sah sich daher verpflichtet, Abkommen zu kündigen, die internationale Streitschlichtungsmechanismen beinhalten. Bereits bestehende deutsche Investitionen bleiben jedoch für weitere 20 Jahre von den Schutzwirkungen des gekündigten deutsch-bolivianischen IFV erfasst.

Die nationalen Devisenreserven stiegen bis Ende 2012 auf 14,0 Mrd. US\$. Der Wechselkurs der nationalen Währung (Boliviano, Bs) gegenüber dem US-Dollar wurde von Oktober 2008 bis November 2010 künstlich stabil gehalten (Mittelkurs 1 US\$ = 7 Bs). Seitdem wurde die Landeswährung in kleinen Schritten mehrfach aufgewertet. Seit Anfang 2012 ist der Wechselkurs zum US-Dollar gleichbleibend (6,96 Bs).

2.3 Aktuelle Wirtschaftsentwicklung, konjunkturelle Lage

Die überzeugenden Wahlerfolge von Staatspräsident Morales und seiner MAS-Bewegung bei den nationalen Wahlen und Referenden 2008, 2009 und 2010 haben die Regierung in ihrer zentralistischen und staatsdirigistischen Wirtschaftspolitik bestärkt. Die MAS dominiert inzwischen fast alle politischen Bereiche und Institutionen im Land (Ausnahme Santa Cruz, Beni und einige große Städte) und seit den Justizwahlen 2011 auch die juristischen Instanzen. Die Regierung von Staatspräsident Morales konnte ihre politische Stellung auch 2012 behaupten.

Die neue Verfassung garantiert zwar Privateigentum und Privatwirtschaft, sieht jedoch eine Fülle von Eingriffsmöglichkeiten zum "Gemeinnutz" vor. Die Privatwirtschaft ist in erheblichem Maße verunsichert und hält sich mit Neuinvestitionen zurück. Die Verstaatlichungspolitik wird weiter fortgesetzt. Eine Erweiterung der Arbeitnehmerrechte in den Betrieben ist beabsichtigt, die Arbeitgeber sind beunruhigt. Das auch im lateinamerikanischen Kontext beeindruckende BIP-Wachstum der letzten Jahre konnte vor allem durch gestiegene Rohstoffpreise, höhere Gasexporte und eine expansive Fiskal- und Geldpolitik (die Zentralbank ist regierungsabhängig) erreicht werden. Die Konjunktur in den Sektoren Energie, Bau und Konsumgüterindustrie zog 2011 und 2012 stark an, auch der private Konsum floriert.

Schmuggel und Korruption haben die bolivianische Volkswirtschaft in erheblichem Ausmaß infiltriert. Auf der Liste von Transparency International nimmt Bolivien 2012 Rang 105 (Verbesserung gegenüber dem Vorjahr: Platz 118) ein. Geldwäsche von illegal erworbenen Finanzmitteln (vor allem Drogenwirtschaft und Warenschmuggel) sowie Steuerflucht und -hinterziehung stellen traditionell ein Problem dar. Nachdem Bolivien 2012 von der Financial Action Task Force (FATF) als "nicht kooperativer Staat" identifiziert worden war, unternahm die Regierung Anstrengungen, die nationale Gesetzgebung an die FATF-Standards anzupassen. Im Juni 2013 wurde Bolivien nun von der "grauen Liste" gestrichen. Wegen der hohen Liquidität (Einnahmen aus Rauschgifthandel, Überweisungen der Gastarbeiter, hohe Rohstoffpreise, hohe staatliche Ausgaben) florieren die Konsumgüterindustrie, der Handel und der Bausektor.

Zahlreiche strukturelle Defizite der bolivianischen Wirtschaft hemmten auch 2012 den wirtschaftlichen Fortschritt:

- * veraltete Produktionsstrukturen und Managementmethoden, häufig unzureichend qualifizierte Arbeitnehmer, vertreten von zumeist militanten Gewerkschaften;
- * starke Binnenorientierung, nur partielle Verflechtung mit der internationalen Real- und Finanzwirtschaft;
- * starke Rohstoffexportabhängigkeit, schwankende Einnahmen auf Grund volatiler Weltmarktpreise;
- * ineffiziente, zentralistische Verwaltung;
- * gravierende Mängel im Justizbereich, geringe Rechtssicherheit, steigende Korruption;
- * hohes Bevölkerungswachstum (2012: 2,03%), erhebliche Mängel bei der Schul- und Berufsausbildung, besonders in ländlichen Gebieten;
- * nur langsame Verbesserungen der Infrastruktur (Verkehrsverbindungen, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Energiewirtschaft, Telekommunikation). Bolivien schöpft in mehreren Wirtschaftsbereichen zum Beispiel im Bergbau, in der Energiewirtschaft, im Tourismus und in der Industrie sein Potenzial nicht voll aus. Nach offiziellen Angaben betrug die Arbeitslosigkeit 2012 circa 7,5%, allerdings existiert eine hohe Dunkelziffer.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) äußerte sich im Juni 2012 besorgt über mögliche Überhitzungserscheinungen und die gestiegenen Inflationstendenzen in mehreren lateinamerikanischen Staaten, darunter Bolivien. Er forderte eine restriktive Geldpolitik und eine beschleunigte Aufwertung der Landeswährung zur Bekämpfung der Inflation. Ferner sollte das Investitionsklima verbessert und die sozialen Programme zur Armutsbekämpfung fortgesetzt

werden. Insgesamt zeigte er sich aber zufrieden mit den makroökonomischen Entwicklungen und der Wirtschaftspolitik der Regierung in den letzten Jahren.

3 Wirtschaftspolitik

Die Regierung hat ihre staatsdirigistische Wirtschaftspolitik intensiviert. Die Verfassung von 2009 ermöglicht gravierende Eingriffe in die Wirtschaft. Zulässige Eigentumsformen sind Gemeinschafts- sowie staatliches, kooperatives und privates Eigentum. Die Garantie des Privateigentums wird mittels einer Reihe von Generalklauseln (soziale Funktion, kollektives Interesse, öffentlicher Nutzen, Umweltschutz) erheblich eingeschränkt. Der Staat hat unter anderem das exklusive Recht, die natürlichen Ressourcen zu nutzen und kann in den sogenannten strategischen Bereichen in alle Produktionsstufen eingreifen, was eine Verstaatlichung von Firmen einschließt. Bolivianische Investitionen genießen Vorrang vor ausländischen Investitionen. Auf Grund dieser Wirtschaftspolitik sind negative Auswirkungen auf einheimische und internationale Privatinvestitionen erkennbar. Ein seit langem diskutiertes Investitionsschutzgesetz liegt bisher nur im Entwurf vor und wird vermutlich nicht die von Investoren gewünschten Schutzklauseln beinhalten.

Das Finanz- und Bankensystem erfüllt die binnen- und außenwirtschaftlichen Anforderungen, arbeitet jedoch schwerfällig und ineffizient. Es hat sich als weitgehend resistent gegen interne und externe Schocks wie politische Unruhen, internationale Preisschwankungen, Zinsänderungen erwiesen. Die Zentralbank ist abhängig von Weisungen der Regierung und betreibt seit der 2. Jahreshälfte 2010 zur Vermeidung einer Inflationssteigerung eine relativ restriktive Geldpolitik. Ein neues Bankengesetz wird derzeit im Entwurf diskutiert, ein Gesetz über Finanzdienstleistungen im Juni 2013 verabschiedet und soll unter anderem dazu dienen, die Kreditzinsen zu senken beziehungsweise sozial wichtigen Sektoren einen besseren Zugang zu günstigen Krediten zu ermöglichen. Der ursprüngliche Entwurf wurde zuvor kontrovers diskutiert, doch kam es zu einem Kompromiss zwischen Banken und Regierung.

Der Mikrofinanzsektor ist gut entwickelt. Die 2009 gesunkenen Zinsen für Kredite in Landeswährung (von 13,8 auf 9,1%) sind seit 2011 wieder gestiegen (um 10 bis 14%). Die Banken verfügen über relativ hohe Liquiditätsreserven, diese konnten nur zum Teil in kurzfristige Anlageformen oder in die Realwirtschaft investiert werden. Die Finanzierung langfristiger Investitionen in den produktiven Bereich bleibt eindeutig zu niedrig. Die Bedeutung des US-Dollars für die bolivianische Wirtschaft sinkt zunehmend, ausgehend von einem hohen Niveau.

3.1 Fiskalpolitik

Die Regierung betreibt eine expansive Fiskalpolitik zur Konjunkturstützung, auch unter sozialen Aspekten. Die finanziellen Möglichkeiten reichen jedoch noch nicht aus, um die gravierenden Sozialprobleme mittels gesteigerter Transferzahlungen zu lösen. Die Staatsverschuldung betrug 2012 nach Angaben des Finanzministeriums 13,3% des PIB beziehungsweise 4,19 Mrd. US\$. Im staatlichen Sektor wurde die Zahl der Beschäftigten in den letzten Jahren mehr als verdoppelt, die Regierung begründet dies mit zusätzlichen Aufgaben und Administration der verstaatlichten Firmen.

3.2 Geldpolitik

Die Zentralbank ist abhängig von Weisungen der Regierung und hat 2009 bis Mitte 2010 eine relativ expansive Geldpolitik betrieben. Seit Ende 2010 versucht sie, die Inflation mittels einer restriktiveren Geld- und Wechselkurspolitik einzudämmen. Die Regierung bleibt daran interessiert, die Wirtschaft (auch den recht aktiven Mikrofinanzsektor) mit ausreichender Liquidität zu versorgen. Die Wechselkursrelation zum US-Dollar wurde zugunsten der Landeswährung in kleinen Schritten verändert, seit Anfang 2012 liegt der Wechselkurs gleichbleibend bei 6,96 Bs zu

1 US\$). Die zunächst befürchteten, negativen Auswirkungen auf die bolivianische Exporte blieben bislang weitgehend aus. Unabhängige Experten sehen allerdings die Gefahr ernsterer mittelfristiger Ungleichgewichtstendenzen.

3.3 Strukturpolitik

Die fehlende Erfahrung der Regierung in der Industrie- und Strukturpolitik und die politischen Vorbehalte gegen die Privatwirtschaft haben in den letzten Jahren zu größeren Ineffizienzen (auch Korruption) und nicht ausreichenden Neuinvestitionen in den nationalisierten Bereichen Bergbau, Kohlenwasserstoffindustrie, Telekommunikation und Stromerzeugung geführt. Die vorhandenen oder drohenden Restriktionen gegen ausländisches Kapital und Gewinntransfers, die verbreitete Rechtsunsicherheit, die geplanten Gesetze (Arbeit, Investitionen), die Gefahr weiterer Nationalisierungen (Energie, Bergbau) und die wirtschaftlichen und politischen Störungen mit den USA werden weiterhin das Umfeld der privaten Unternehmen belasten und die Bereitschaft zu neuen privaten Investitionen in moderne Produktionstechnologien reduzieren. Die Regierung ist sich der Notwendigkeit bewusst, insbesondere den Energiebereich zu modernisieren und der steigenden Nachfrage (Strom) anzupassen. Hier ergeben sich Marktchancen für deutsche Firmen (Siemens, Linde, etc.), auch für alternative Energien.

3.4 Außenwirtschaftspolitik

Die Regierung ist bemüht, den häufig illegalen Export von zum Teil hochsubventionierten Gütern (Treibstoffe, besonders Diesel, landwirtschaftliche Produkte, besonders Zucker) durch stärkere Kontrollen einzudämmen, bislang mit wenig Erfolg. Der Handelsbilanzüberschuss von 2012 (3,54 Mrd. US\$) beruht auf weiterhin überproportional gestiegenen Exporten (+27%, darunter besonders Gas und Mineralien). Die Importe sind leicht gestiegen (+7%). Die Dienstleistungsbilanz wies auch 2012 mit -473 Mio. US\$ einen negativen Saldo auf. Die Vermögensübertragungsbilanz blieb mit über 517 Mio. US\$ positiv, ging aber im Vergleich zu 2011 (977 Mio. US\$) stark zurück (wichtigste Einnahmequelle: Gastarbeiterüberweisungen).

Die terms of trade haben sich für Bolivien in den letzten Jahren verbessert, unter anderem durch gestiegene Rohstoffpreise. Es besteht kein Handelsabkommen mit der EU, allerdings profitiert Bolivien von den allgemeinen Zollpräferenzen APS-plus, die derzeit 176 Entwicklungsländern und -gebieten einen Präferenzzugang zum EU-Markt gewähren. Bolivien strebt seit 2012 den Beitritt zur Wirtschaftsgemeinschaft Mercosur an. Ein Beitrittsantrag wurde im Dezember 2012 offiziell gestellt. Bisher hat Bolivien nur einen Beobachterstatus. Welche Auswirkungen dies auf die Mitgliedschaft Boliviens in der Gemeinschaft der Andenstaaten (CAN) hat, wird derzeit noch diskutiert. Nach Expertenmeinung ist eine Doppelmitgliedschaft nicht möglich.

(B)


Dieser Artikel ist relevant für:

Bolivien

Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland, Wirtschaftslage, -entwicklung, allgemein, Sozialprodukt / Volkseinkommen / BIP / BSP, Wirtschaftspolitik, allgemein, Außenhandel / Struktur, allgemein, Wirtschaftsstruktur, allgemein, Investitionen (Inland), Investitionsklima, allgemein, Konjunktur, allgemein, Investitionen aus dem Ausland / Joint Ventures, Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern, Regionen, Außenwirtschaftspolitik, allgemein

KONTAKT

Jutta Kusche

 0228/24993-419

 **Ihre Frage an uns**

VERWANDTE ARTIKEL

-  [Wirtschaftsentwicklung
Venezuela 2012](#)
-  [Wirtschaftsentwicklung
Namibia 2012](#)
-  [Wirtschaftsentwicklung
Myanmar 2012](#)
-  [Wirtschaftsentwicklung
Nicaragua 2011](#)
-  [Wirtschaftsentwicklung
Guatemala 2011](#)

[http:// www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=854178.html](http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=854178.html)

© 2013 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und vom Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.